

VERTRAG ÜBER LEISTUNGEN FÜR WÄRMESCHUTZ UND ENERGIEBILANZIERUNG

Auftragsnummer: XXXXXXXXXX

zwischen der Sprinkenhof GmbH
 Burchardstraße 8
 20095 Hamburg
 Telefon: 040/33954-0

– nachstehend **A u f t r a g g e b e r i n** (AG) genannt –

und KREBS+KIEFER Hamburg
 Moorfuhrtweg 15
 22301 Hamburg
 Telefon: 040 6360659-0

– nachstehend **A u f t r a g n e h m e r** (AN) genannt –

wird zur Maßnahme **Border One Stop Shop „BOSS“** der nachfolgende Vertrag über Leistungen für Wärmeschutz und Energiebilanzierung geschlossen.

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1	Gegenstand des Vertrages
§ 2	Besondere Vertragsziele
§ 3	Grundlagen des Vertrages
§ 4	Leistungen des AN
§ 5	Allgemeine Pflichten des AN
§ 6	Leistungsänderungen
§ 7	Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten; Pflichten der AG
§ 8	Termine und Fristen
§ 9	Vergütung
§ 10	Haftpflichtversicherung des AN
§ 11	Dokumentation und Herausgabeansprüche des Auftraggebers
§ 12	(Mängel-)haftung und Verjährung
§ 13	Ergänzende Vereinbarungen

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrags sind Leistungen im Bereich des Wärmeschutzes und der Energiebilanzierung zum Zwecke der Optimierung des Energiebedarfs für das Bauvorhaben

Border One Stop Shop „BOSS“
für veterinär- und lebensmittelrechtlichen Einfuhrkontrollen, Pflanzengesundheitskontrollen und Zollkontrolle

Die veterinär- und lebensmittelrechtlichen Einfuhrkontrollen und die Pflanzengesundheitskontrollen werden gemeinsam mit den Zollkontrollen an einem Standort zusammengeführt, um auf diese Weise eine koordinierte Abfertigung bei der Einfuhr von Sendungen durch die Beschleunigung der administrativen Einfuhrabwicklung und der Nutzung von Synergieeffekten im Rahmen der Kontrollen zu erreichen.

§ 2

Besondere Vertragsziele

- 2.1 Die Parteien legen die Einhaltung der nachfolgenden Zeit-, und Kosten- Quantitäts und Qualitätsvereinbarungen als besondere Vertragsziele fest.

Die Parteien stimmen darin überein, dass die Herausforderungen des Projekts nur in einem Arbeitsklima gegenseitigen Vertrauens und fairen Miteinanders gemeistert werden können. Dies erfordert von beiden Seiten die Bereitschaft, eine professionelle Fehlerkultur miteinander zu entwickeln und zu pflegen. Bei auftretenden Zielkonflikten oder Kapazitätsproblemen werden die Parteien frühzeitig und konstruktiv miteinander ins Gespräch kommen, um sowohl dem AN, als auch der AG die Möglichkeit zu geben, jeweils in seinem Verantwortungsbereich frühzeitig steuernd eingreifen zu können, Reibungsverluste im Projekt möglichst gering zu halten.

- 2.2 Der AN ist verpflichtet, die nachfolgenden Quantitäts- und Qualitätsziele bei seiner Planung zu berücksichtigen:

- Einhaltung Kostenrahmen
- Planungskennwerte von ca. 11.300 m² BGF
- Rahmenterminplan
- Einhaltung DIN-Normen und Richtlinien
- energetischer Standard KfW 40
- Nachhaltigkeit - Hamburger Klimaplan und HmbKliSchG
- Sonderbau nach § 2 (4) HBauO
- Bauprüfdienst Hochhäuser

- 2.2.1 Der AN hat an der Einhaltung folgender Kosten mitzuwirken:

[REDACTED]

- 2.2.2 Für die weitere Bearbeitung, die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.

- 2.3 Der AN verpflichtet sich, seine Leistungen innerhalb der in vereinbarten Zeit und Termine zu erbringen. Den Parteien ist bewusst, dass die einvernehmlich bestimmten/zu bestimmenden Termine und Fristen nicht überschritten werden dürfen.

- 2.4 Es handelt sich bei den in 2.1 bis 2.3 genannten Vertragszielen um Planungs- und Überwachungsziele im Sinne des § 650p Abs. 1 BGB; die Sonderkündigungsrechte gem. § 650r BGB sind für beide Vertragspartner erloschen.

- 2.5 Für das Nichterreichen einzelner Projektziele ist der AN nur dann nicht verantwortlich, wenn und soweit der AN das Nichterreichen der jeweiligen Projektziele nicht zu vertreten hat.

§ 3

Grundlagen des Vertrages

- 3.1 Es gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) der AG (**Anlage 1**).
- 3.2 Angebot des AN (Leistungskatalog/ Honorarkalkulation) vom 10.05.2022 (**Anlage 2**).
- 3.3 Die Regelungen der HOAI, insbesondere Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI.
- 3.4 Heft Nr. 23 der AHO-Schriftenreihe („Wärmeschutz und Energiebilanzierung“); 2. Auflage, Stand: September 2015 (nachfolgend AHO-Heft Nr. 23).
- 3.5 Heft Nr. 14 der AHO-Schriftenreihe (HOAI - Tafelfortschreibung Erweiterte Honorartabellen“); 3. Auflage, Stand: 08/2016
- 3.6 Die Zieldefinition / die Aufgabenstellung des AG.
- 3.7 Regeln des BGB-Werkvertrages.
- 3.8 Formblatt Projektänderungsanzeige (**Anlage 3**).
- 3.9 Gemeinsam zwischen den Parteien festgelegter Rahmenterminplan (**Anlage ...**, zu-nächst freibleibend).

§ 4

Leistungen des AN

- 4.1 Die AG beauftragt den AN mit der Erbringung der nachfolgenden Leistungen für den Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. Ziff. 1.2.1 Abs. 1 und 2 und Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23. Im Rahmen der Auftragsausführung hat der AN alle zur ordnungsgemäßen Erbringung seiner Leistung erforderlichen Arbeiten zu erbringen, gleich ob diese im Rahmen dieses Vertrags ausdrücklich erwähnt werden.
- 4.2 Die Beauftragung erfolgt gem. Ziff. 4.4 in **drei** Stufen. Die Beauftragung einzelner Stufen bedarf der Schriftform
- 4.3 Vor Beginn jeder Stufe legen AN und AG das konkrete Leistungsprogramm nach Maßgabe der Erkenntnisse und Anforderungen aus der vorherigen Planungsphase fest.
- 4.4 Die **drei** Leistungsstufen umfassen:
- Stufe 1** beinhaltet die Leistungen der Grundlagenermittlung, der Mitwirkung bei der Vorplanung sowie die Mitwirkung bei der Entwurfsplanung (Leistungsphasen 1-3) gem. Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23.
- Stufe 2** beinhaltet Leistungen der Mitwirkung bei der Genehmigungsplanung und die Mitwirkung bei der Ausführungsplanung (Leistungsphase 4-5) gem. Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23.
- Stufe 3** beinhaltet die besonderen Leistungen im Rahmen der Objektüberwachung und Dokumentation (Leistungsphase 8) **gemäß Anlage 2**

Leistungen der Stufe 1

4.5 Leistungen der Leistungsphase 1 - Grundleistungen

Es handelt sich um Leistungen der Grundlagenermittlung gem. Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23. Die Leistung umfasst insbesondere:

- 4.5.1 Klären der Aufgabenstellung auf Basis der vom Bauherrn vorzulegenden Bedarfsermittlung nach DIN 18205
- 4.5.2 Festlegen der Grundlagen, Vorgaben und Ziele

4.6 Leistungen der Leistungsphase 1 – Besondere Leistungen:

siehe Anlage 2

4.7 Leistungen der Leistungsphase 2 – Grundleistungen

Es handelt sich um Leistungen der Mitwirkung bei der Vorplanung gem. Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23. Die Leistung umfasst insbesondere:

- 4.7.1 Analyse der Grundlagen
- 4.7.2 Klären wesentlicher Zusammenhänge von Gebäuden und technischen Anlagen einschließlich Betrachtung von Alternativen
- 4.7.3 Vordimensionierung der relevanten Bauteile des Gebäudes; Abstimmen der erforderlichen Dämmmaßnahmen, Lage und Dicke der erforderlichen Dämmschichten
- 4.7.4 Mitwirkung beim Abstimmen der fachspezifischen Planungskonzepte der Objektplanung und der Fachplanung
- 4.7.5 Erstellen eines Gesamtkonzeptes in Abstimmung mit der Objektplanung und den Fachplanungen; Auflisten der Bauteile der wärmeübertragenden Umfassungsflächen mit Vormessung der zum Wärmeschutz erforderlichen Dicken und Materialeigenschaften
- 4.7.6 Erstellen von Rechenmodellen, Auflisten der wesentlichen Kennwerte als Arbeitsgrundlage für Objektplanung und Fachplanungen; Vorbemessung der wesentlichen Kennwerte zu Wärmeschutz, Wärmeleitfähigkeit, Schichtdicke, Wärmedurchgangskoeffizient, Gesamtenergiedurchlassgrad

4.8 Leistungen der Leistungsphase 2 – Besondere Leistungen:

siehe Anlage 2

4.9 Leistungen der Leistungsphase 3 – Grundleistungen

Es handelt sich um Leistungen der Mitwirkung bei der Entwurfsplanung gem. Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23. Die Leistung umfasst insbesondere:

- 4.9.1 Fortschreiben der Rechenmodelle und der wesentlichen Kennwerte für das Gebäude
- 4.9.2 Mitwirkung beim Fortschreiben der Planungskonzepte der Objektplanung und Fachplanung bis zum vollständigen Entwurf; Bereitstellen der Ergebnisse für Wärmeschutz und Energiebilanzierung, Übersichtspläne und Erläuterungsberichte

- 4.9.3 Bemessen der Bauteile des Gebäudes
- 4.9.4 Erarbeiten von Übersichtsplänen und eines Erläuterungsberichtes zum Entwurf mit Vorgaben, Grundlagen und Auslegungsdaten
- 4.9.5 Erstellung eines, über die Anforderungen des GEG hinausgehenden, Energienachweises für ein KfW 40-Effizienzgebäude

4.10 Leistungen der Leistungsphase 3 – Besondere Leistungen:

siehe Anlage 2

Leistungen der Stufe 2

4.11 Leistungen der Leistungsphase 4 – Grundleistungen

Es handelt sich um Leistungen der Mitwirkung bei der Genehmigungsplanung gem. Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23. Die Leistung umfasst insbesondere:

- 4.11.1 Mitwirkung beim Aufstellen der Genehmigungsplanung
- 4.11.2 Aufstellen der förmlichen Nachweise; Nachweise auf Grundlage der Entwurfsplanung der Objektplaner und Fachplaner für TGA
- 4.11.3 Vervollständigen und Anpassen der Unterlagen

4.12 Leistungen der Leistungsphase 4 – Besondere Leistungen:

siehe Anlage 2

4.13 Leistungen der Leistungsphase 5 – Grundleistungen

Es handelt sich um Leistungen der Mitwirkung bei der Ausführungsplanung gem. Ziff. 1.2.2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m dem Leistungsbild Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. AHO-Heft Nr. 23. Die Leistung umfasst insbesondere:

- 4.13.1 Durcharbeiten der Ergebnisse der Leistungsphasen 3 und 4 unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fachplanungen
- 4.13.2 Mitwirkung bei der Ausführungsplanung durch ergänzende Angaben für die Objektplanungen und Fachplanungen, insbesondere
 - Zu diesen Angaben für Wärmeschutz und Energiebilanzierung zählen insbesondere Dicke und Wärmeleitfähigkeit, Lage und Diffusionswiderstand von Bauteilschichten, Lage und Anschlüsse von Luftdichtheitsebenen, Befestigungssystemen, Verglasungen
 - Mitwirkung bei der Entwicklung von Regeldetails hinsichtlich Wärmeschutz

Leistungen der Stufe 3

4.14 Leistungen der Leistungsphase 8 – Besondere Leistungen:

siehe Anlage 2

4.15 Ein Rechtsanspruch des AN auf die Beauftragung der Stufe 2 und/oder 3 und/oder von besonderen Leistungen wird durch den Abschluss des Vertrages nicht begründet. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

- 4.16 Überträgt die AG dem AN schriftlich die jeweils weitere Leistungsstufe, so ist der AN verpflichtet, diese Leistungen im Rahmen des Vertrags auszuführen, sofern zwischen dem Leistungsende der vorherigen Stufe und dem Leistungsbeginn der Folgestufe nicht mehr als 6 Monate liegen. In diesem Fall gelten alle Regelungen dieses Vertrages auch für die Leistungen der Stufe 2 und 3.
- 4.17 Der AN ist verpflichtet, für das in § 1 genannte Bauvorhaben sämtliche, insbesondere die in der Anlage 3 genannten, beauftragten Leistungen, die als wesentliche Arbeitsschritte Teile des Gesamterfolgs sind (selbstständige Teilerfolge), und die darin enthaltenen und dafür erforderlichen Leistungs- und Arbeitsschritte zu erbringen. Der AN hat dabei alle Pflichten zu erfüllen, die sich aus dem beauftragten Leistungsinhalt und -umfang, den vereinbarten Vertragszielen und den Bestandteilen dieses Vertrages sowie aus der Sachwalterstellung des AN gegenüber der AG ergeben und die für die Herbeiführung der geschuldeten Teilerfolge und des geschuldeten (Gesamt-) Werkerfolgs erforderlich sind.
- 4.18 Wenn über die vereinbarten Leistungen hinaus weitere Leistungen erforderlich werden, um die beauftragten Vertragsziele im Sinne des Werkerfolgs zu erreichen, so hat der bzw. die AN diese zu erbringen (zur Honorierung siehe § 9). Die besonderen Leistungen können jeweils einzeln beauftragt werden.

§ 5

Allgemeine Pflichten des AN

- 5.1 Vorbehaltlich weiterer Regelungen in diesem Vertrag ist der AN verpflichtet, jegliche Bedenken oder Behinderung schriftlich anzuzeigen. Dies gilt auch für offenkundige Bedenken oder Behinderungen. Der AN ist verpflichtet, das Ende seiner Bedenken oder Behinderung schriftlich anzuzeigen. Unterlässt der AN die Anzeige, hat er nur dann einen Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn der AG die Umstände und deren hindernde Wirkung bekannt waren.

Für den Fall, dass der AN nach dem Abschluss dieses Vertrages Widersprüche zwischen den sich aus diesem Vertrag und seinen Anlagen ergebenden Anforderungen feststellt, sog. Kollisionsfall, hat er die AG hiervon unverzüglich unter Angabe des Widerspruchs schriftlich oder in Textform zu informieren und seinem Informationsschreiben einen Vorschlag zur Auflösung der Kollision unter bestmöglicher Beachtung der Einhaltung der Projektziele im Übrigen beizufügen.

Sollten Regelwerke in Überarbeitung sein oder Unklarheiten über die fachlich allgemein anerkannten Regeln der Technik vorliegen, die Einfluss auf die Planung und die Planungsergebnisse haben könnten, ist der AN verpflichtet, hierüber die AG unverzüglich zu informieren.

- 5.2 Der AN verpflichtet sich zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten (auch zu sämtlichen Medien) hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Bauvorhaben (einschließlich der Inhalte der von der AG eingegangenen Vertragsbeziehungen).
- 5.3 Ein Verstoß gegen diese Verschwiegenheitspflicht ist ein wichtiger Kündigungsgrund für die AG.

§ 6

Leistungsänderungen

- 6.1 Begehrt die AG gegenüber dem AN eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist der AN verpflichtet, der AG unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Minderleistung vorzulegen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs jedoch nur, soweit ihm die Ausführung der Änderung zumutbar ist. Das Änderungsbegehren des AG kann sich auch auf die Art der Ausführung der Leistungen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht, beziehen.

- 6.2 Wird die Leistung gem. 6.1 geändert, so ist die Planung vom AN fortzuschreiben soweit hierdurch die von ihm zu erbringende Leistung betroffen ist. Der AN verpflichtet sich auf Grundlage der erforderlichen bzw. begehrten Leistung i.S.d. 6.1 eine eigene Planung zu dieser Leistungsänderung zu entwerfen, soweit die von ihm zu erbringende Leistung durch die Leistungsänderung gem. 6.1 berührt wird, und die hierfür erforderlichen Leistungen in einem Leistungsverzeichnis zu erfassen.
- 6.3 Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an.
- 6.4 Erzielen die Parteien binnen angemessener Frist, spätestens nach 15 Kalendertagen nach Zugang des Änderungsbegehrens bei dem AN keine Einigung kann die AG die Änderung in Textform (§ 126b BGB) anordnen. Der AN ist verpflichtet, der Anordnung der AG nachzukommen, bei einer Änderung des vereinbarten Werklohns aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.
- 6.5 Der AG steht ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit
- der AN ein Angebot nebst Projektänderungsanzeige nach 6.1 nicht vorgelegt hat oder
 - nach Vorlage des Angebots eine Einigung nach 6.3 endgültig gescheitert ist oder
 - die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem AN zumutbar ist. Die Ausführung vor Ablauf der Verhandlungsfrist ist dem AN in der Regel zumutbar, soweit ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolges die Bau-, Planungs- oder Projektabläufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, insbesondere Gefahr im Verzug.
- 6.6 Macht der AN betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit der Änderung oder der Ausführung geltend, trifft ihn dafür die Beweislast.

§ 7

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten; Pflichten der AG

- 7.1 Die AG wird grundsätzlich vertreten von

Die vertretungsberechtigten Personen werden dem AN bei Veränderungen schriftlich bekannt gegeben. Nur diese sind berechtigt, dem AN verbindliche Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

- 7.2 Soweit die Leistungen der Objektplanung, der Tragwerksplanung, der Freianlagen, der technischen Ausrüstung, des Brandschutzes, des Sicherheits- und Gesundheitskoordinators, der Baufeldfreimachung und Rückbau, der Fassadentechnik sowie weitere Leistungen von anderen fachlich Beteiligten zu erbringen sind, sind diese vom AN mit seinen Leistungen abzustimmen.
- 7.3 Der AN ist verpflichtet, auf Einladung oder Anordnung der AG an projektbezogenen Besprechungen bei der AG, auf der Baustelle, bei Behörden und/oder Nutzern der Baumaßnahme und/oder an Verhandlungen mit Behörden und/oder Nutzern teilzunehmen.

- 7.4 Der AN hat – sofern beauftragt – bei der (Mitwirkung der) Planung der Ausführung des Bauvorhabens, insbesondere bei der Einteilung der Arbeiten, die gleichzeitig oder nacheinander durchgeführt werden, und bei der Bemessung der Ausführungszeiten für diese Arbeiten die Allgemeinen Grundsätze nach § 4 Ziff. 1 bis 5 des Arbeitsschutzgesetzes zu berücksichtigen.
- 7.5 Der AN hat die Hinweise des Koordinators und den SiGe-Plan zu berücksichtigen (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 BaustellV)

§ 8 Termine und Fristen

- 8.1 Der AN hat seine Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, zu fördern und zu vollenden, dass der geplante Projektablauf nicht gefährdet wird. Fertigstellungstermin des Bauwerks ist der

[REDACTED]

Im Übrigen hat der AN folgende Termine einzuhalten:

Beginn Grundlagenermittlung und Vorplanung:
 Abschluss Entwurfsplanung AN:
 Einreichung Bauantrag:
 Beginn Objektüberwachung:
 Fertigstellung:

[REDACTED]
 [REDACTED]
 [REDACTED]
 [REDACTED]
 [REDACTED]

- 8.2 Aufgrund der in 4.1 ff. vorgesehenen Stufenbeauftragung bedarf die Festlegung weiterer verbindlicher Vertragstermine einer Abstimmung der Parteien, vor oder nach der jeweiligen Beauftragung. Im Falle der Nichteinigung ist die AG berechtigt die Termine festzulegen.

§ 9 Vergütung

- 9.1 Die Leistungen für Wärmeschutz und Energiebilanzierung nach 4.8.2 werden entsprechend der Honorarermittlung nach Ziffer 1.2.3 Abs. 2 und Abs. 3 der Anlage 1 zur HOAI i.V.m. dem AHO-Heft Nr. 23 vergütet.
- 9.2 Maßgebend für die Honorierung sind die gem. Nr. 1.2.3 und 1.2.2 Abs. 2 der Anlage 1 zur HOAI die anrechenbaren Kosten des Gebäudes nach § 33 HOAI und der DIN 276-1:2008-12.
- 9.3 Folgende Honorarzone i.S.d. Ziff. 1.2.3 Abs. 1 und 2 der Anlage 1 zur HOAI, § 35 HOAI i.V.m. AHO-Heft Nr. 23 für Wärmeschutz und Energiebilanzierung wird festgelegt.

Honorarzone 4, von – Satz

- 9.4 Die Bewertungen der Leistungen folgt aus Ziff. 1.2.2. der Anlage 1 zur HOAI sowie aus dem AHO-Heft Nr. 23.
- 9.5 Die Besondere Leistungen gem. **Anlage 2** bedürfen einer gesonderten Beauftragung und werden zu den **Anlage 2** vereinbarten Pauschalen inklusive Nebenkosten sowie sämtlicher Reisekosten vergütet.
- 9.6 In Kenntnis und als Reaktion auf die Rechtsprechung des EuGH zur Europarechtswidrigkeit der Mindest- und Höchstsätze der HOAI (EuGH, Urf. v. 04.07.2019 – C 377/17) vereinbaren die Parteien auf das Gesamthonorar der Grundleistungen einen Zu- oder Abschlag

[REDACTED]

[REDACTED]

- 9.7 Soweit über die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen hinaus weitere Leistungen erforderlich werden oder ordnet die AG über mit dem Vertrag geschuldete Leistungen hinaus weitere Leistungen an, die im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand erfordern, so werden diese zusätzlich vergütet, wenn der AN die AG zuvor auf diesen Umstand hingewiesen hat und die AG zugestimmt hat. Wird als Vergütung ein Zeithonorar vereinbart, so ist dies auf der Grundlage der Stundensätze durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs zu berechnen. Ist eine Vorausschätzung des Zeitbedarfs nicht möglich, so ist das Honorar nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand auf der Grundlage der Stundensätze zu berechnen.

Die Stundensätze für Nachweiseleistungen inklusive Nebenkosten betragen:

Inhaber	_____
Projektleiter	_____
Technische Mitarbeiter	_____

- 9.8 Die Parteien sind sich einig, dass dem AN bei einer Verlängerung des Leistungszeitraumes grundsätzlich kein zusätzliches Honorar zusteht. Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die der AN nicht zu vertreten hat wesentlich, ist für die nachweislich erforderlichen Mehraufwendungen für die Leistungen des Wärmeschutzes und der Energiebilanzierung eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v.H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal jedoch sechs Monate, ist durch das Honorar abgegolten.
- 9.9 Begehrt die AG geänderte Leistungen im Sinne von § 6 oder ordnet die AG solche an, erfolgt die Anpassung der Vergütung nach folgenden Grundsätzen:
- 9.9.1 Die Anpassung der Vergütung für Grundleistungen richtet sich nach § 10 HOAI. Soweit gemäß 9.6 ein Zu- oder Abschlag vereinbart wurde, ist dieser zu berücksichtigen. Im Übrigen ist § 650c Abs. 1 und Abs. 2 BGB entsprechend anzuwenden.
- 9.9.2 Stimmt die AG alternativ schriftlich einer aufwandsbezogenen Abrechnung zu und erfordern die zu ändernden und geänderten Leistungen im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen erhöhten Aufwand, erhält der AN ein zusätzliches Honorar unter Zugrundelegung der vorgenannten vereinbarten Stundensätze. Wurden Stundensätze danach nicht festgelegt, legen die Parteien die Stundensätze für die zu ändernden oder geänderten Leistungen einvernehmlich fest.
- 9.9.3 Der AN ist verpflichtet, die AG vor der Ausführung von Leistungen darauf hinzuweisen, dass es sich seiner Meinung nach um zusätzlich zu honorierende Leistungen nach dieser Vorschrift handelt, den voraussichtlichen Zeitaufwand zu benennen und die Entscheidung der AG über die Anordnung entsprechender Leistungen abzuwarten. Soweit der Zeitaufwand hinreichend abschätzbar ist, hat der AN der AG auf deren Verlangen ein Pauschalhonorar anzubieten.
- 9.10 Die Parteien vereinbaren, dass sämtliche Nebenkosten gemäß § 14 HOAI, insbesondere die allgemeinen Bürokosten, Kosten für Lizenzen und Kopien für den eigenen Bedarf, das Plotten und Drucken im Auftrag des AN (2-fach) sowie sämtliche Reisekosten pauschal mit _____ Nettohonorars für die Grundleistungen erstattet werden. Kosten für das Datenmanagementsystem, alle Massenvervielfältigungen (bspw. Bauantragsunterlagen) oder zusätzliche Plots sowie die Kosten für ein Baustellenbüro (mit Internetanschluss, Telefonanschluss, Heizung, Reinigung, Einrichtung und Unterhalt) trägt die AG.
- 9.11 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

§ 10

Haftpflichtversicherung des AN

- 10.1 Die AG schließt für sämtliche an der Planung und Ausführung des Bauvorhabens beteiligten Unternehmen (Mitversicherte) eine kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung unter Einbezug des eigenen Interesses ab und legt deren Kosten auf die Mitversicherten um. Es gilt der Wortlaut des Versicherungsvertrages. Die Versicherungsbedingungen können bei der AG eingesehen werden. Dem AN obliegt die Prüfung, ob der Versicherungsschutz seine Risiken hinreichend abdeckt. Alle Kosten, die dem AN durch seine Mitwirkung bei etwaigen Schadensabwicklungen entstehen, sind mit seinem Honorar abgegolten.
- 10.2 Der anteilige Versicherungsbeitrag des AN einschließlich anteiliger Verwaltungskosten der AG zur Abwicklung der in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten wird i. H. v. ■■■■■ der Abrechnungssumme des AN einbehalten.
- 10.3 Der AN erhält auf Anfrage eine Versicherungsbestätigung durch die AG oder dessen Versicherungsmakler. In dieser Bestätigung werden der Versicherer und der wesentliche Umfang des Versicherungsschutzes angegeben. Ansprüche auf Herausgabe des Versicherungsscheins und der Versicherungsbedingungen bestehen nicht. Sollte im Schadensfall die Abwicklung des Schadens nicht durch die AG durchgeführt werden, sondern der AN mit Zustimmung der AG den Schaden in eigener Regie und auf eigenes Risiko geltend machen wollen, hat er einen Anspruch auf Vorlage der Versicherungsunterlagen, die der AN zur Abwicklung des Schadenfalls benötigt.

§ 11

Dokumentation und Herausgabeansprüche des Auftraggebers

- 11.1 Der AN verpflichtet sich, sich an dem Dokumentationssystem/ Projektkommunikationssystem der AG umfassend zu beteiligen.
- 11.2 Der AN hat dem Bauherrn alle zur Erfüllung des Vertrages gefertigten und beschafften Unterlagen (Pläne, Zeichnungen, Dokumentationen etc.) jederzeit auf schriftliche Anforderung auszuhändigen. Der AN ist verpflichtet, sie sowohl auf weiterverarbeitbaren Datenträgern als auch als Ausdruck zu übergeben.
- 11.3 Der AN ist verpflichtet, seine Unterlagen mind. 10 Jahre nach der letzten von ihm erbrachten Leistung aufzubewahren. Bevor er diese vernichtet, hat er sie dem Bauherrn kostenlos anzubieten.

§ 12

(Mängel-)haftung und Verjährung

- 12.1 Die Mängelansprüche der AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit sich aus dem Vertrag nichts anderes ergibt.
- 12.2 Die Mängelansprüche der AG verjähren nach Ablauf von fünf Jahren, beginnend mit der Abnahme bzw. Teilabnahme der Leistung. Jegliche Abnahme erfolgt ausschließlich dadurch, dass die AG die Leistungen des AN schriftlich als vertragsgemäß anerkennt (formelle Abnahme).

§ 13

Ergänzende Vereinbarungen

- 13.1 Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die AG nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

13.2 Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

- Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.
- Die AG kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der AG nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die AG unzumutbar ist.

13.3 Gerichtsstand ist Hamburg.

13.4 Werden Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam, so wird die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berührt.

13.5 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame, wirtschaftlich gleichwertige zu ersetzen.

Hamburg,

Auftraggeberin

Auftragnehmer

.....

.....

.....